



ISSN 2751-7918
Ausgabe 03 | 2020

GEMEINDERATSINFO

der Freie Wähler | FÜR Karlsruhe Gemeinderatsfraktion

Jahresrückblick, Corona & Zukunft.

Die Krise stand plötzlich vor der Tür, doch wie sieht der Weg nach vorne aus?

Seite 3, Seiten 12-17

* Quelle: Unsplash.com

Klimaschutzkonzept: Auf Neues setzen!

Wir setzen uns für klimaneutrale Technologien ein. Dafür haben wir einen Antrag gestellt.

Seite 4

Sicherheit: Alkoholverbot ausweiten!

Das Verbot auf dem Werderplatz soll ausgeweitet werden. Für öffentliche Plätze fordern wir mehr Licht.

Seiten 10-11

Haushalt und Finanzen: Was jetzt zu tun ist.

Corona und Großprojekte verlangen der Stadt viel ab. Jetzt muss gehandelt werden.

Seite 19

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

als Stadtgesellschaft stehen wir vor ganz neuen Herausforderungen während es in anderen Bereichen durch die Corona-Krise ruhiger geworden ist. Unsere Stadt wurde plötzlich entschleunigt. Das hat auf der einen Seite etwas Gutes - doch stehen wir vor riesigen Herausforderungen, wenn wir auf die Nebenwirkungen der Maßnahmen schauen: Wirtschaft, Arbeit und Finanzen stehen auf wackeligen Beinen, wie kann man da neue Perspektive gewinnen? Eins steht fest, die Krise wird uns noch länger beschäftigen.

Micha Schlittenhardt,
Fraktionsgeschäftsführer

Für Sie im Gemeinderat



Petra Lorenz
Stadträtin



Friedemann Kalmbach
Stadtrat



Jürgen Wenzel
Fraktionsvorsitzender

Impressum

ISSN 2751-7918

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Grafik, Fotos und Bilder: Micha Schlittenhardt; pixabay.de; unsplash.com (Titelseite: Maria Lysenko); Markus Schneider; Roland Fränkle, Presseamt Stadt Karlsruhe;
Layout: Micha Schlittenhardt
V.i.S.d.P.: Jürgen Wenzel, Fraktionsvorsitzender





FW|FÜR Gemeinderatsfraktion
Haus der Fraktionen
Hebelstr. 13
76133 Karlsruhe

Fon: 0721 133 1096
Fax: 0721 133 1659
Mail: fwfuer@fraktion.karlsruhe.de

TITELTHEMA

Jahresrückblick, Corona & Zukunft.

Corona und Zukunft. Ist das nicht ein Paradox was es zu lösen gilt? Die Krise rund um die Covid-19 Pandemie wurde durch die umfangreichen Maßnahmen gegen die Ausbreitung in Deutschland erst richtig ernst. Eine Überlastung des Gesundheitswesens wie in Italien und Spanien blieb hierzulande Gott sei dank aus. Doch die Einschränkungen und Schließungen betrafen Millionen von Menschen mit vielen Konsequenzen. Deutschland war für die Abwehr der Pandemie nicht gut ausgerüstet. Wochenlang mangelte es an Schutzausrüstung, selbst am einfachsten Mundschutz.

Was können wir aus der Krise lernen, und wie können wir uns für die Zukunft besser aufstellen? Diese Frage muss in den kommenden Wochen beantwortet werden. In dieser Ausgabe gehen wir schon auf einige Ansätze ein, wie beispielsweise die Finanzen.

Auch geht das erste Jahr unserer Fraktionsgemeinschaft zu Ende. Zeit für einen Rückblick auf das was wir gemeinsam erreicht haben. Hieran möchten wir Sie, liebe Leserinnen und Leser, gerne Anteil haben lassen. Und natürlich wagen wir einen Blick nach vorne, auf das was wir uns vorgenommen haben - und auf das was getan werden muss, für ein lebenswertes Karlsruhe.

All dies finden Sie auf den folgenden Seiten, verteilt auf mehrere Artikel und Beiträge aus unserer Fraktion. Manches haben Sie vielleicht schon in den Nachrichten mitbekommen - doch vieles blieb wohl verborgen. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Gemeinderatsinfo mit Ihrer Familie, Freunden und Bekannten teilen! Mehr Möglichkeiten mit uns in Kontakt oder informiert zu bleiben finden Sie auf der Rückseite dieser Ausgabe.

ANTRÄGE

Klimaschutz-konzept: Auf Neues setzen!

Die Zählgemeinschaft aus FW|FÜR Karlsruhe und FDP fordern in einem Ergänzungsantrag, den Einsatz von klimaneutralen Power-to-Gas- Lösungen in das Klimaschutz-konzept 2030 aufzunehmen. Das Klimaschutzkonzept berücksichtigt diese Energielösung bisher nicht, was die Zählgemeinschaft scharf kritisiert.



*Andreas Gücklhorn und Martin Adams auf unsplash.com

„Wer langfristige Ziele für den Klimaschutz und die Klimaneutralität anstrebt, der muss auch schon heute in Technologie wie Power-to-Gas investieren“, erklärt FW|FÜR Karlsruhe Fraktions-vorsitzender Jürgen Wenzel. Bei Power-to-Gas wird erzeugter Strom beispielsweise in synthetisches Gas gespeichert. Dadurch kann es zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt oder an einen anderen Ort transportiert werden. „Wenn wir auf der einen Seite Photovoltaikanlagen fördern und einiges mehr an Strom in das bisherige Netz einbringen, dann müssen wir das Netz auf der anderen Seite auch entlasten“, fordert Tom Høyem, Fraktionsvorsitzender der FDP. Ein All-Electric-Ansatz, wie ihn das Klimaschutzkonzept zurzeit vorschlägt, kann den Strombedarf in Karlsruhe nicht über erneuerbare Energien wie Photovoltaik oder Wind decken und verursacht Kosten in Millionenhöhe für die Verstärkung des Netzes. Aus dem Zeitversatz der Erzeugung und des Verbrauchs entsteht temporär ein Stromüberschuss, der entweder abgeregelt werden muss oder in synthetisch erzeugtem Gas gespeichert werden könnte. Diese Lösung ist flexibler und laut Ansicht der beiden Fraktionen die sicherere für das Erreichen einer Klimaneutralität.

> "Wer langfristige Ziele für den Klimaschutz anstrebt, der muss schon heute in Technologie wie Power-to-Gas investieren."
>
> Jürgen Wenzel

Laut der Zählgemeinschaft wäre dieser Ansatz unter den ent-sprechenden Rahmenbedingungen schon heute wettbewerbsfähig, denn auch die Ferngasnetzbetreiber sehen bis zum Jahr 2050 vor, über 90% klimaneutrales Gas schrittweise zu verteilen. „Klimaschutz ist eine Generationenaufgabe“, so die Zählgemeinschaft, „und dafür sollten wir schon heute mit ganzheitlichen Lösungen beginnen“.

Der Antrag wurde von der Verwaltung positiv aufgenommen, dennoch wurde der Antrag in der Sitzung im April nicht abgestimmt. Die Fraktion kündigte daher an das Thema intensiv zu begleiten, möglicherweise auch durch konkrete Anfragen.

Thema: Klima

Dafür setzen wir uns gerade ein:

- Klimaneutrale Antriebe und Technologien (Power-to-x)
- Frischluftschneisen und maßvolle Innenverdichtung
- Gesunde und geeignete Bäume im Stadtgebiet (diese Ausgabe)
- Grüne und beschattete Innenstadt (Ausgabe 1, 2019)
- Ausbau des ÖPNV

Schon abgeschlossen:

- Längere Mähintervalle für die Regeneration der Pflanzen

ANTRAG

Neues Konzept für gesunde Stadtbäume.

Nach dem BNN-Bericht zur Zukunftsfähigkeit der Bäume in Karlsruhe hat die Fraktion von Freien Wählern und FÜR Karlsruhe mit einem Antrag an die Stadtverwaltung reagiert.

„Es kann nicht sein, dass das Karlsruher Gartenbauamt die Kosten für die Pflege der Bäume im Stadtgebiet nicht beziffern kann, Mannheim aber schon“, erklärt Stadtrat Friedemann Kalmbach, „deswegen muss es ein Umdenken im Gartenbauamt geben“. Die Fraktion habe daher einen entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht. Dieser sieht unter anderem vor, dass das Gartenbauamt die Kosten der Baumpflege beziffern muss. „Für mich war es neu, dass unsere Baumkulturen in diesem hohen Maße für die Zukunft nicht geeignet sind“, gibt Kalmbach im Blick auf den Klimawandel zu.

„Es geht nicht allein um die Kosten“, erläutert der Fraktionsvorsitzende Jürgen Wenzel, „bei Neupflanzungen haben wir doch die Chance Monokulturen zu verhindern, und besser geeignete Bäume zu pflanzen, das kann doch leicht umgesetzt werden“. Deswegen sieht der Antrag auch vor, dass in Zukunft geeignete Bäume mit wenig Pflegeaufwand gepflanzt werden, und dabei Monokulturen verhindert werden sollten. Das Gartenbauamt soll einen Strategieentwurf erarbeiten und dem Gemeinderat dann zur Entscheidung vorlegen.

Die BNN kritisierte in ihrem Artikel, dass an 75 Prozent der Standorte Bäume stehen, die nicht oder nur bedingt geeignet sind. „Gerade mit den Änderungen beim Klima muss die Stadt sich auch bei der Vegetation zukunftssicher aufstellen“, schließt Stadträtin Petra Lorenz ab.

Die Antwort des Gartenbauamtes auf den Antrag nahm die Fraktion verärgert auf. Darin sieht das Amt keinen Handlungsbedarf noch eine Möglichkeit die Kosten, wie es andere Städte tun, darzulegen. „Wir bleiben an dem Thema dran“, heißt es aus der Fraktion.



* Bild: Alex Holyoake auf Unsplash.com



* Foto: FW|FÜR Karlsruhe Fraktion.

ANFRAGE

Ist 365 € Jahresticket möglich?

Die Fraktion aus Freien Wählern und FÜR Karlsruhe steht für eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und ist der Meinung, dass der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn nur gelingen wird, wenn einerseits die Kostenseite attraktiv ist und anderseits die Qualität stimmt. Hierzu stellte die Fraktion die Frage an die Stadtverwaltung, welche Auswirkung die Einführung eines 365 Euro Jahrestickets hätte. Dazu soll der KVV die zu erwartenden Umsatzsteigerungen den zusätzlichen Kosten durch ein Mehr an Bahnen und Fahrern, etc. gegenüber stellen.

„Um qualifizierte Entscheidungen treffen zu können ist es wichtig, die Kosten- und die Einnahmenseite genau zu kennen“, lässt Stadtrat Friedemann Kalmbach verlauten. Es stellt sich weiter die Frage, welche Zuschüsse zukünftig von Land und Bund zusätzlich zu erwarten sind. Laut Stadträtin Petra Lorenz „ist es unerlässlich, dass alle Stadtgebiete und Stadtteile gut erschlossen sind und alle Haltestellen kurze Taktungen haben“, wenn mehr Menschen auf die Bahn umsteigen sollen.

In Wien, wo es das 365 Euro Jahresticket schon seit 2012 gibt, wohnen 96 Prozent der Stadtbevölkerung nicht weiter als 500 Meter von der nächsten Haltestelle entfernt. Auch dieser Faktor -Erreichbarkeit- ist entscheidend, ob das Angebot als attraktiv empfunden wird. Deshalb stellt die FW | FÜR Fraktion, so Stadtrat Jürgen Wenzel, die Frage, wie viel Prozent der Karlsruhe Bevölkerung aktuell durch den ÖPNV erreicht werden und welche Stadtbereiche schlecht erschlossen sind.

Des Weiteren wurde die Anfrage gestellt, wie die Verwaltung die vom KVV vorgestellte E-Tarifmodell „Home Zone“ in Bezug auf eine verstärkte Nutzung des ÖPNV einschätzt.

ANTRAG

Brötchentaste erhalten!

Eine Entscheidung zur viel diskutierten Abschaffung der Brötchentaste konnte bei der letzten Gemeinderatssitzung am 28.04.2020 nicht gefällt werden, so wurde dieser Punkt vertagt. Die Zählergemeinschaft aus FDP und der FW|FÜR Fraktion steht der Absetzung sehr kritisch gegenüber. „Gerade jetzt in Zeiten der Corona-Krise ist die Einzelhandelsförderung wichtiger denn je“, so die Position von FDP und FW|FÜR. Die beiden Fraktionen stellten zu diesem Punkt einen Änderungsantrag und machten deutlich: „Der OB hätte ein klares Signal an die B-Zentren Durlach und Mühlburg senden und Solidarität signalisieren können, dass man den Einzelhandel in dieser besonderen Situation nicht alleine lässt“. Das Fortführen der Brötchentaste würde auch den Bürgerinnen und Bürgern in dieser schweren Phase das Funktionieren ihres Alltags ermöglichen. In der



nächsten Gemeinderatssitzung am 26.05.2020 wird nun noch einmal die Abschaffung der Brötchentaste Thema sein. Bei der Abstimmung im Durlacher Ortschaftsrat im Vorfeld wurde deutlich, dass der Trend wahrscheinlich in Richtung Abschaffung gehen wird, der vor allem durch die Grünen und SPD maßgeblich vorangetrieben wurde.

** Foto: FW|FÜR Karlsruhe Fraktion.*

Wir werden uns dafür einsetzen das die Brötchentaste weiter erhalten bleibt und dadurch der Einzelhandel in den B-Zentren weiterhin unterstützt wird, auch wenn wir uns der Widerstände durch anderer Parteien bewusst sind.

AUFREGER

Südumfahrung Hagsfeld fällt aus der Tagesordnung.

Die Südumfahrung Hagsfeld stand schon vor zwei Monaten auf der Tagesordnung des Karlsruher Gemeinderates. Wegen der Corona-Krise wurde der Tagesordnungspunkt aber erst einmal von der Tagesordnung genommen - vom Oberbürgermeister. Das passierte auch mit weiteren Punkten, die sich aber bei den kommenden Sitzungen immer wieder auf der Tagesordnung finden: außer die Südumfahrung Hagsfeld. Unsere Fraktion wundert sich, dass man nicht endlich eine Entscheidung trifft, denn die Positionen sind mittlerweile klar. Unsere Fraktion begrüßt eine Troglösung, die Umfahrung war den Hagsfeldern schon lange versprochen. Wir fordern als Fraktion eine Abstimmung noch vor der Oberbürgermeisterwahl im Dezember.

Thema: Mobilität

Dafür setzen wir uns gerade ein:

- Erhalt der Brötchentaste, auch für die Wirtschaft
- Troglösung für die Südumfahrung Hagsfeld
- Zweite Rheinbrücke nur mit Anschluss an die B36 und Fahrradweg
- Klimaneutrale Antriebe und Technologien (Power-to-x)
- Ausbau des ÖPNV und Verbindung mit weiteren Verkehrsmitteln

AUFREGER

Seenotrettung & Flüchtlinge.

Der Staat darf nicht gegen sich selber kämpfen. Als Privatperson kann man sich durchaus die Freiheit nehmen. So lautet die Meinung unserer Fraktion im Blick auf die Unterstützung eines Seenotrettungsschiffes durch die Stadt Karlsruhe. Die Stadt sollte Einfluss auf den Bund ausüben, damit auf europäischer Ebene endlich Lösungen im Sinne der Menschen gefunden werden. Unsere Fraktion setzt sich auf der anderen Seite dafür ein, die freien Plätze für Flüchtlinge zu nutzen und diese Plätze minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlingen anzubieten. Zur Zeit stehen bei der Stadt dafür fünf Plätze bereit.

ANTRAG

Sicherheit: Alkoholverbot auf dem Werderplatz ausweiten.

Die Fraktion aus Freien Wählern und FÜR Karlsruhe beantragt die Verlängerung des Zeitraumes des Alkoholverbotes am Werderplatz in der Südstadt. Die Situation am Werderplatz ist seit Jahren immer wieder Thema im Gemeinderat.

„Wir begrüßen das bisherige Konzept, in dem mehrere Akteure eingebunden sind und nicht nur auf eine Maßnahme gesetzt wird“, erklärt Stadtrat Friedemann Kalmbach. Durch Straßensozialarbeit und die Schaffung eines Alkohol-akzeptierenden Aufenthaltsraum wurde ein Angebot für die Menschen geschaffen, das Hilfestellungen bei verschiedenen Problemlagen geben kann. Auch die Bürgerbeteiligung im Vorfeld zu diesem Entscheid wurde positiv hervorgehoben. „Es gibt nicht nur neue Angebote sondern auch die Präsenz durch kommunalen Ordnungsdienst und Polizei trägt dazu bei die Einhaltung des Alkoholverbots durchsetzen und die Situation an diesem zentralen Platz in der Südstadt zu befrieden“ ergänzt Stadtrat Jürgen Wenzel, der sich schon länger für mehr Sicherheit in der Stadt einsetzt.

„Wir haben als Fraktionen vermehrte Beschwerden von Anwohnern bekommen denen die bisherigen Maßnahmen nicht weit genug gingen. Deshalb haben wir uns entschlossen einen Antrag auf Ausweitung des Alkoholverbots zu stellen“, erzählt Stadträtin Petra Lorenz. Der Antrag fordert eine Verlängerung des befristeten Alkoholverbotes und der bisherigen Zeiten von 1. April bis 31. Oktober, sowie die Tageszeiten, an denen das Alkoholverbot aufgehoben ist außerhalb der gastronomisch genutzten Flächen unter Hinweis auf das Angebot des Alkohol akzeptierenden Aufenthaltsraumes A³.



* Foto: FW|FÜR Karlsruhe Fraktion.



* Westliche Kaiserstraße, Bild: Lili Kovac auf Unsplash.com.

ANTRAG

Mehr Licht auf Brennpunkt-plätzen

Im Frühjahr beantragte die Fraktion von Freien Wählern und FÜR Karlsruhe die Einführung eines Lichtkonzeptes für den Europaplatz und die westliche Kaiserstraße, die CDU nahm den Antrag wohlwollend auf um eine Erweiterung auf mehr Plätze zu forcieren. „Dass die CDU unser Anliegen hier unterstützt können wir nur begrüßen“, erklärt Fraktionsgeschäftsführer Micha Schlittenhardt, „es wird deutlich, dass das Thema mittlerweile für viele Menschen wichtig geworden ist“. In der Vergangenheit führte die Fraktion auch Gespräche mit einen Unternehmen, das unter anderem Straßenlaternen mit Photovolatik vertreibt. „Bei Sicherheitsumfragen, Benennung von Angsträumen oder den Schwachstellen, die im City-Gutachten angeführt werden, steht der Europaplatz ganz oben auf der Liste, leider im negativen Sinn!“, führte die Fraktion in ihrem Antrag auf. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich hauptsächlich aufgrund der mangelhaften Beleuchtung des Platzes nicht sicher. Durch die gegenwärtig vielfach sichtbaren Mängel strahlt der „Trading-Down-Effekt“ in die westliche Kaiserstraße aus, die bereits den Spitznamen „Klein Marokko“ führt - ein Spitzname vergeben von den ansässigen Händlern, dessen Nennung im Antrag von der Grünen Fraktion heftig kritisiert wurde, wobei das eigentliche Thema bei den Grünen und den Linken in den Hintergrund rückte. „Der Spitzname und unsere weiteren Beobachtungen haben weitreichenden Folgen für das Image des Europaplatzes, sowie Handel und Gastronomie“, ärgert sich Stadträtin Petra Lorenz, „hier gilt es schnellstmöglich ein schlüssiges Konzept zu entwickeln und gegenzusteuern und nicht, den Platz sich selbst zu überlassen, bis zur endgültigen Fertigstellung der Oberfläche nach Beendigung der Kombi-Bauarbeiten.“

Thema: Sicherheit

Dafür setzen wir uns gerade ein:

- Permanenter Stützpunkt des KOD/der Polizei nähe Europaplatz
- Vermüllung und Vandalismus stoppen
- Mehr Licht auf öffentlichen Plätzen und Straßen (siehe Antrag)
- Zuschüsse für ein Frauen-Taxi

Schon abgeschlossen:

- Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes
- Einsatz für ein Graffiti-Mobil nach Pforzheimer Vorbild

THEMA

Ein Jahr Fraktion: Rückblick auf ein Jahr guter Zusammenarbeit

Schon im Wahlkampf haben sich Freie Wähler und FÜR Karlsruhe bei Wahlversprechen zurückgehalten. Dennoch gibt es viele Punkte für die wir uns einsetzen und die wir fordern, so stand es auch in unseren Wahlprogrammen. Die ersten sechs gemeinsamen Monate als Fraktionsgemeinschaft zeigten, dass wir viele Überschneidungen in unserer Ausrichtung haben und auch als Team gemeinsam kommunale Politik machen. Auch unsere Zusammenarbeit mit der FDP in der sogenannten Zählgemeinschaft haben wir intensiviert. Immer wieder sehen wir, dass wir mit der momentanen Sitzverteilung das Zünglein an der Waage sind und unsere Stimmen maßgeblich zur Entscheidungsfindung beitragen.

In der vergangenen Legislaturperiode arbeiteten Friedemann Kalmbach von FÜR Karlsruhe und Jürgen Wenzel von den Freien Wählern eng bei den Themen Stadtentwicklung und Sicherheit zusammen. Schon seit knapp zehn Jahren setzt sich Friedemann Kalmbach beispielsweise für die Südstadt und den Brennpunkt Werderplatz ein, wo er als Erster ein Alkoholverbot außerhalb der Bewirtungsflächen forderte. Ein Konzept mit einer Mischung aus Sozialarbeit und Ordnungsmaßnahmen. Das ging im vergangenen Jahr mit der Unterstützung der CDU auf. Zudem sind wir gerade dabei nach dem Feedback der Anwohner mit unserem gemeinsamen Antrag zur

* Volle Motivation bei der Arbeit.
Foto: FW|FÜR Karlsruhe Fraktion.



Ausweitung der Zeiten des Alkoholverbots am Werderplatz diesen Rückmeldungen gerecht zu werden. Außerdem haben wir uns für weitere Mülleimer im Stadtgebiet, Mülltrennung und gegen illegales Graffiti sowie mehr Licht an bestimmten Plätzen eingesetzt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat haben wir uns nach einer Begehung des Durlacher Tors für ein umfassendes Verkehrskonzept eingesetzt, bei dem es eine klare Verkehrsführung für die verschiedenen Verkehrsteilnehmer geben soll. Menschen mit Beeinträchtigungen sollen sich auch auf dieser, zugegeben komplizierten und weitläufigen, Kreuzung zurechtfinden. Wir haben dazu einen Antrag zu ertastbare Straßenschilder eingebracht der nun im Fachausschuss beraten wird, für Menschen mit Sehschwächen soll dies als Testfeld am Durlacher Tor implementiert werden, bei Erfolg wäre eine Ausdehnung auf weitere Straßen und Plätze zu begrüßen. Weiterhin wäre es denkbar, Ansagen an den Haltestellen am Durlacher Tor einzuführen, welche die einfahrenden Bahnen ankündigen.

Interfraktionelle Anträge haben wir mittragen können. Beispielsweise zum Schutz, Beratung und Prävention von Gewalt gegen Frauen, für ein Ausstiegsprogramm für Frauen in Zwangs- und Armutsprostitution, oder bei der Verbesserung der Versorgungssituation in der Pflege. Alle Anträge wurden mehrheitlich im Gemeinderat angenommen.

Freie Wähler und FÜR Karlsruhe forderten beide in ihren Wahlprogrammen die Erhaltung von Frischluftschneisen und Grünflächen wo es möglich ist. Insbesondere haben wir uns für längere Mähintervalle eingesetzt, damit die Pflanzen als auch die Tierwelt längere Erholungszeiten haben. Unser Einsatz war erfolgreich. Zur Zeit setzen wir uns mit einem Antrag für gesunde Stadtbäume ein, hier hatten wir auch in der Vergangenheit schon intern immer wieder auch auf Baumpatenschaften hingewiesen, die es nun gibt. Beim Baubürgermeister Fluhrer und im Gemeinderat haben wir uns auch für die Beschattung und Begrünung, sowie Wasserspiele auf dem Marktplatz eingesetzt, hier wurden viele Vorschläge vom Dezernat aufgenommen. Hier hätten wir uns auch über Sitzbänke mit Photovoltaik gefreut, anstatt Bänke

aus Tropenholz - leider hatten wir keine Mehrheit dafür bekommen - die Grünen stimmten für die Tropenholz-Bänke, eine absolute Mehrheit kam allerdings nicht zustande. Die Stadt hat nun doch auf europäisches Robinienholz umgeschwenkt. Einen Vorschlag, den wir begrüßen.

Ein wichtiges Thema, das wir auf unserer Agenda und im Wahlprogramm haben ist unser Einsatz für klimaneutrale Energie und Treibstoffe. Auch hier gab es von unserer Seite schon Anträge, sei es beim Medienbus der 2025 umgerüstet wird, oder bei der Solaroffensive, wo wir uns auch für bürgerliche Genossenschaften eingesetzt haben, und hoffen bald mehr Photovoltaik in Karlsruhe zu haben. Beim Klimaschutzkonzept fassen wir nun auch nach und fordern ein Umdenken und eine Berücksichtigung von Power-to-Gas, um eine klimaneutrale Stadt zu schaffen. Hier freuen wir uns über die Unterstützung der FDP-Fraktion.

Mit Petra Lorenz haben wir beim Thema Wirtschaft als Präsidentin des Handelsverbands Nordbadens natürlich auch eine Fachfrau in diesem Gebiet mit an Bord.

Einer der ersten Anträge für die Wirtschaft war unsere Forderung die Sondernutzungsgebühr bis zum Bauende der Kombilösung auszusetzen um die Gewerbetreibenden nicht noch unnötig zu belasten. Es kam am Ende zu einem Kompromiss, da sich andere Fraktionen für das verschieben der Erhöhung der Sondernutzungsgebühren erst einmal für ein Jahr ausgesprochen hatten. Hier müssen wir wieder nachfassen um die Einzelhändler, die jetzt schon durch den Umbau der Kaiserstraße und nun auch durch massive Ausfälle der Einnahmen in der Corona-Krise nicht weiter zu belasten.

Beim Thema Wohnungsnot waren wir schon in der Vergangenheit immer wieder aktiv. Beispielsweise haben wir Leerstände erfasst und direkt mit dem Dezernat Lösungen gesucht, so konnte die Stadtverwaltung Besitzer direkt ansprechen und Lösungen suchen um die Wohnungen herzurichten und dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Hier konnten nur wenige Leerstände erfasst werden, das bekam auch die Linke in einer Antwort auf ihren Antrag vor ein paar Monaten als Antwort, die unser Vorgehen zur Pflicht machen wollten.

Wir haben uns für das neue Höhenkonzept eingesetzt und setzten uns auch weiter aktiv dafür ein mit neuen und innovativen Konzepten der Wohnungsnot in Karlsruhe zu begegnen, beispielsweise bei der Förderung beim Ausbau von Dachgeschossen, Überbau von Bahnhaltestellen und mehr. Auch sind wir mit dem Baudezernat immer wieder im Gespräch um bürokratische Hürden bei der Bauordnung zu senken, damit eine Eigentümergemeinschaft beispielsweise Fahrradstellplätze bauen darf.

Großbaustellen begleiten wir schon seit Jahren kritisch, das ist bekannt. Bei der Kombilösung hatten wir Freie Wähler immer wieder auf die Kosten hingewiesen. Für das Staatstheater haben wir als Fraktion ähnlich wie beim Wildparkstadion einen Kostendeckel gefordert, der wurde vom Gemeinderat in den Fachausschuss gegeben. Beim Streit zwischen dem KSC und der Stadt haben wir uns konstruktiv auch mit praktischen Lösungsvorschlägen und Gesprächen mit den Verantwortlichen in die Debatte eingebracht. Auch Vorschläge zur Vermittlung zwischen beiden Parteien hatten wir vorgeschlagen.

Weiterhin setzen wir uns für eine zweite Rheinbrücke mit geeigneten Fahrradweg und Anbindung an die B36 an, ohne die nördlichen Stadtteile zu belasten. Das haben wir immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Gerade im Verkehr haben wir klare Fahrbahnmarkierungen für Fahrräder gefordert, und uns für die Lastenradförderung eingesetzt, die von den Bürgern gut angenommen wurde. Wir freuen uns, dass auch schon weitere Fahrradstellplätze entstanden sind. Die Fernradwege sind hier auch ein wichtiger Punkt den wir unterstützen.

Beim ÖPNV haben wir schon in der Vergangenheit als auch in dieser Legislaturperiode Ideen und Anträge für die Vergünstigung der Ticketpreise eingebracht. Beispielsweise wollten wir prüfen lassen, inwieweit wir Stufenweise zu einem ticketfreien ÖPNV für Schülerinnen und Schüler kommen ohne, dass das Angebot der KVV an Qualität leidet und ohne weitere Schulden zu machen. Hier braucht es Augenmaß. Deswegen forderten wir unlängst das 365 €-Ticket. Für solche Lösungen sind wir deshalb auch immer wieder im Gespräch mit der KVV-Führung, in Zeiten von Corona per Telefonkonferenz, um uns über das Fortschreiten der Apps und neuer Angebote auszutauschen.

Bei den Kita-Plätzen ist für uns die Qualität vor der kostenfreien Kita wichtig, auch hier wollen wir eine stufenweise Anpassung, die wohl so kommen wird.



*Bild: Jonas Stolle auf Unsplash.com

FRAGEN

Was bedeutet die Corona-Krise für die Zukunft?

Wir hatten uns schon sehr früh wegen der Corona-Krise an die Verwaltung gewandt, noch bevor der erste Fall in Karlsruhe auftrat. Dann ging es plötzlich schnell. Das war eine heftige Umstellung und zeigte auch die Grenzen der Stadtpolitik auf. Viele Ämter mussten umstellen, sehr viele gingen ins Homeoffice. Das verdeutlichte uns aber auch wie viel Investitionsbedarf noch in der IT besteht. Hier können wir noch einiges aus der aktuellen Krise lernen. Es muss intensiver in die Digitalisierung investiert werden. Wir konnten uns während der Krise auch unbürokratisch in die Maßnahmen und ihre Auswirkungen bei der Verwaltung einbringen, das war ein konstruktives Zusammenarbeiten. Das zeigt, auch in der Krise und stressigen Zeiten können wir aufeinander bauen. Die Stadtverwaltung hat hier unserer Meinungen nach einen sehr guten Job gemacht im Krisenmanagement und hat mit der eigenen Informationsplattform eine gute Möglichkeit gefunden die Informationen zur Krise für die Bürger transparent zu vermitteln. Wir würden es begrüßen wenn wir dieses Momentum nutzen würden auch für andere Bereiche einfacherer Bürgerkommunikation und die digitalen Bürgerdienste auszubauen.

Es wird auch deutlich, dass der Gesetzgeber manche Gesetze überdenken muss. Beispielsweise muss die Gemeindeordnung krisenfest werden, denn wir können nicht ein Kontaktverbot einbringen, um uns ein paar Tage später im Bürgersaal zur Gemeinderatssitzung zu treffen. Neue Möglichkeiten wie Online-Sitzungen und auch die Herstellung der Öffentlichkeit über einen Livestream sollten im Gesetz verankert werden, und stellten in der Vergangenheit immer Hürden da. Das ist zwar Landespolitik, aber für die Stadtpolitik essentiell. Nun muss eine Möglichkeit gefunden werden die Auflagen des Infektionsschutzgesetz mit städtischen Gremiensitzungen in Einklang zu bringen um so rechtssicher zu arbeiten. Ein früher Vorschlag von uns, in die Gartenhalle auszuweichen, wurde nun umgesetzt.

Außerdem müssen wir nun darauf achten, dass bei den Maßnahmen zum Auffangen der entstandenen Schäden, nicht nur einzelne Gruppen betrachtet werden. Wir müssen als Stadt ausrechnen wieviel Budget wir haben um Menschen, Unternehmen, den Vereinen, den Künstlern und vielen anderen Gruppen zu helfen. Das muss gut durchdacht sein. Deswegen werden wir uns bei haushaltsrelevanten Anträgen erst einmal enthalten, denn es braucht ein Gesamtkonzept für alle, basierend auf dem Budget, das die Stadt dafür zur Verfügung stellen kann. Die Haushaltsberatungen werden dieses Jahr in dieser Hinsicht anders verlaufen als sonst.



FRAGEN

Was will die Fraktion noch erreichen?

Bei der Sozialpolitik wollen wir uns weiterhin für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Auch während der jetzigen Krise haben wir die Situation von Wohnungslosen und sozial Schwachen mehrfach in Sitzungen angesprochen und standen in Kontakt mit Ehrenamtlichen.

Im Bereich des Sports und der Musik braucht es auch weiterhin Flächen, Sporthallen und Unterstützung. Hier setzen wir uns weiter ein. Weiterhin müssen wir beim Wohnungsbau nachfassen und das Thema begleiten, neue Konzepte müssen eingebracht werden und Mehrnutzung von Bauraum bedacht werden. Für die Wirtschaft fordern wir ein stabiles Niveau der Gewerbesteuer, ein Anheben kommt zur Zeit für uns nicht in Frage. Außerdem müssen nun gesamtheitliche Lösungen nach der Krise gefunden werden, so dass nicht bestimmte Bereiche übervorteilt und andere Bereiche vernachlässigt werden.

Außerdem machen wir uns Gedanken über die Zukunft der Mobilität, und vergleichen Projekte für autofreie Innenstädte anderer Kommunen mit Karlsruhe. Hier hat Karlsruhe Potential, wenn an anderer Stelle ausreichend Parkplätze oder Alternativen geschaffen werden. Davor können wir keine autofreie Zonen einrichten, denn damit würden wir nur an anderer Stelle Probleme schaffen. Auch wollen wir hier weiter auf neue, klimaneutrale Antriebe setzen. Wie schon erwähnt wollen wir, dass die Stadt schon jetzt in Power-to-Gas investiert um Karlsruhe so bald wie möglich Klimaneutral zu machen.



AUS DER STADTZEITUNG VOM 6. MÄRZ

Zukunft Innenstadt?

Mit großer Mehrheit hat der Karlsruher Gemeinderat der Fortschreibung des Aktionsplans Zukunft Innenstadt – vorbehaltlich der Finanzierung – zugestimmt.

Dieser Aktionsplan umfasst viele Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel ein Höfe-und-Plätze-Konzept, Beleuchtung, Märkte und vieles mehr. Diese sollen unsere Innenstadt wieder attraktiver machen, so dass nach langen Jahren Kombi-Baustelle wieder mehr Menschen nach Karlsruhe kommen und Handel, Gastronomie und Tourismus gestärkt werden. Denn nach wie vor ist das Einkaufen der Hauptgrund für den Besuch unserer Stadt. Insgesamt eine gute Sache, um viele Dinge strukturiert angehen zu können.

Erste kleine Erfolge stellen sich bereits ein, so gibt es seit dem vergangen Jahr die SOKO „Schmutzfink“, die Graffiti und Aufkleber entfernt. Bedauerlich ist aber, dass es für das Heute kein Konzept gibt! Die meisten Maßnahmen sind erst für den Zeitraum vorgesehen, in dem die Kaiserstraße schon schienenfrei und mit neuem Plattenbelag versehen ist. In Karlsruhe fehlt es aber heute an wichtigen Basiselementen, die die Aufenthaltsqualität einer zukunftsfähigen Innenstadt ausmachen – wie moderne Sitzbänke, Mülleimer, gute Beleuchtung, Pflanzkübel und einiges mehr. Bis die Innenstadt fertig ist gehen noch ein paar Jahre ins Land, daher fordern wir, FW|FÜR Fraktion: Die wichtigsten Maßnahmen müssen schneller umgesetzt werden!

AUS DER STADTZEITUNG VOM 10. APRIL

Konsequenzen aus der Corona-Krise ziehen

Als wir Stadträte der Freie Wähler | FÜR Karlsruhe Gemeinderats-fraktion Anfang Februar von der Verwaltung wissen wollten, „wie die Karlsruher Krankenhäuser auf Virenerkrankungen vorbereitet sind und ob genügend Plätze für Quarantäne vorhanden sind?“, konnte niemand ahnen, mit welcher Wucht uns die Ausbreitung und Folgen der Corona-Pandemie treffen würde!

Kontaktsperre, Schließung der Schulen und fast des gesamten Einzelhandels sowie beispielsweise auch der Friseure und der Gastronomie. Ärzte und Pflegekräfte am Limit. Kurzarbeit quer durch alle Branchen und viele Existenzen bedroht. Die Folgen für die Gemeinschaft und die Stadt sind nicht bezifferbar und stellt diese vor allergrößte Herausforderungen!

Daher gilt es, sich solidarisch mit denen zu zeigen, die sich um die Erkrankten und Isolierten kümmern und etwa eine Einkaufshilfe organisieren. Ebenso müssen die Internetangebote (smart@home) der heimischen Kulturbetriebe, des Einzelhandels und der Gastronomie mit ihren To-Go- und Lieferservice-Angeboten unterstützt werden!

Aus der Krise lernen, bedeutet auch, Konsequenzen für die Zukunft unserer Stadt zu ziehen. Mit Blick auf den kommenden städtischen Haushalt muss unbedingt Vernunft angemahnt werden! Die Zeit der Wahlgeschenke ist vorbei! Nun muss es darum gehen, gemeinsam die Folgen der Corona-Krise aufzuarbeiten!



AUS DER STADTZEITUNG VOM 15. MAI

Haushalt 2021: „Den Gürtel enger schnallen“

Eine schwierige Gemeinderatsaufgabe steht vor uns: den Haushalt 2021 aufzustellen. Wir werden diese Herkulesaufgabe konstruktiv aber auch kritisch begleiten und machen hiermit auch deutlich: Hände weg von der Gewerbesteuer! Schon der letzte Haushalt war geprägt davon, dass eine vorherzusehende Schieflage, verursacht durch fast doppelt so hohe Investitionen wie noch Jahre zuvor, es notwendig machen wird, kräftig an der Steuerschraube zu drehen. Nie wurde so viel Geld ausgegeben wie im Haushalt 2019/20. Freien Wähler und FÜR Karlsruhe lehnten den Haushalt ab.

Er war, wie ich 2018 sagte, „ein Turm auf Sand gebaut“. Die Coronakrise macht jetzt noch alles schlimmer: die Gewerbesteuer bricht ein, die Zuweisungen vom Bund werden durch die zunehmende Arbeitslosigkeit geringer, die Ausgaben steigen ungebremst, und die Einnahmen wie bei der KVV oder den Bädern erleben hohe Verluste. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Was nun? Wir fordern eine strenge Haushaltsdisziplin und Aufgabenkritik. Wir werden uns vieles nicht mehr leisten können. Welche Projekte, wie der Umbau des Staatstheaters, müssen verschoben werden? Auf keinen Fall dürfen wir jetzt die leidende Wirtschaft mit höheren Steuern belasten. Wie lautete doch die Ansage von Altbundeskanzler Ehrhard: „wir müssen den Gürtel enger schnallen“.



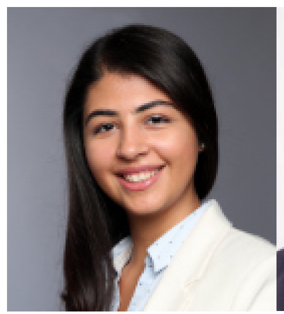
GESCHÄFTSSTELLE

Öffentlichkeits-arbeit ausgebaut

Das Team der Fraktion Freie Wähler | FÜR Karlsruhe hat mit Daniel Gräber und Gizem Özcay Verstärkung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit bekommen.

„Es passiert sehr viel hinter den Kulissen in der Fraktion, unsere Aufgabe ist es nun diese meist verborgene Arbeit öffentlich sichtbar zu machen und den Bürgern in Karlsruhe näher zu bringen“, beschreibt Daniel Gräber den Aufgabenbereich der Öffentlichkeitsarbeit in der Fraktion.

Mit verschiedenen neuen Konzepten und auf verschiedenen Kanälen soll über die Gemeinderatsarbeit leicht zugänglich und ansprechend gestaltet informiert werden. Dazu werden Artikel auf der Webseite der Fraktion veröffentlicht, und neben Instagram und Facebook soll auch durch kurze Informationsvideos die Arbeit im Gemeinderat vorgestellt werden und auch die Entscheidungsfindung bei Themen aufgezeigt werden. Auf der Messenger-App Telegram gibt es zudem seit einigen Wochen einen Feed der abonniert werden kann um Neuigkeiten aus der Fraktion direkt auf das Handy zu bekommen.



Gizem Özcay
Mitarbeiterin
für neue Medien



Daniel Gräber
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit



AUF FACEBOOK
facebook.com/fwfuer



AUF INSTAGRAM
instagram.com/fwfuer.de



AUF TWITTER
twitter.com/fwfuer



UNSER TELEGRAM-KANAL ALS ABO
t.me/fwfuer



UNSER NEWSLETTER
fwfuer.de/newsletter

Bitte beachten Sie unsere
Hinweise zum Datenschutz: fwfuer.de/datenschutz